

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVII/246

Bonn, den 7. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Das Ende einer Ära ----- Zur Rücktrittserklärung Adenauers	22
1	Gefährlicher Beruf ----- Jeder Journalist braucht einen Anwalt	15
2 - 2a	Tag der Menschenrechte ----- Ein Jubiläum, und was es uns aufgibt	45
3 - 4	"Hinterbänkler" ----- Ein Wort zur Diskussion über die Wahlrechtsreform Von Heinrich G. Ritzel, MdB	63
5 - 6	Die Bedeutung der Sozialdemokratie in Italien ----- Ihre Rolle in der Regierung Fanfani Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	72
6	Wie's damals war ... ----- Beamte vor 50 Jahren	43

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Ende einer Ära

Zur Rücktrittserklärung Adenauers

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hat seinen Rücktritt endlich mit einem festen Termin - Herbst 1963 - angekündigt. Ganz gleich wie die aus der gegenwärtigen Krise hervorgehende Regierung aussehen mag - sie wird die Regierung der Liquidation einer Ära sein, die den Namen Adenauer trägt.

Um den alten Mann aus Rhöndorf ist es jetzt sehr einsam geworden. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat lang anhaltend Beifall geklatscht, als Dr. v. Brentano seinen terminierten Rücktritt bekanntgab. Dieser Beifall kann sowohl Anerkennung für eine sehr lange hinausgezögerte Entscheidung, wie auch Freude über den nunmehr in Aussicht stehenden Rücktritt eines Bundeskanzlers sein, der sich allzu oft mit dem Staat identifizierte und dadurch noch in diesen Tagen den Weg für die notwendige Erneuerung unseres demokratischen Lebens zu verbauen drohte.

Willy Brandt sagte am Donnerstagnachmittag in einer stark beachteten Rede vor den Führungsgremien der Sozialdemokratie, in der Geschichte vollzögen sich die Wandlungen von einer Ära zur anderen nicht über Nacht; der Wandlungsprozeß dauere oft sehr lange; und der Abschluß einer bestimmten Ära erfolge nicht immer fahrplanmäßig. Zweifellos hat Willy Brandt schon in diesem Augenblick an notwendige Übergänge gedacht, an deren Schwelle in Zukunft sehr viele Fragen zwischen den staatstragenden Kräften unserer jungen Demokratie mit weniger Verkrampfung als bisher erörtert werden können.

+ + +

Gefährlicher Beruf

Jeder Journalist braucht einen Anwalt

sp - Der nordrhein-westfälische Justizminister Sträter meinte in einem Pressegespräch in Düsseldorf, jeder Journalist brauche praktisch einen Anwalt, weil er bei seiner Berufsausübung mit den Gesetzen sehr leicht in Konflikt kommen könne. - Wem sagt Herr Sträter das? Wir wissen es schon lange, denn nicht erst seit der "Spiegel-Affäre" ist es nicht ungefährlich, den manchen Leuten sehr begehrt erscheinenden Beruf des Journalisten auszuüben. Nachdem nun sogar ein Justizminister die Notwendigkeit des ständigen juristischen Beistands für den Journalisten anerkannte, meinen wir, daß der Deutsche Journalisten-Verband bei seinen nächsten Tarifverhandlungen mit den Verlegern die Forderung nach einem tariflich gesicherten "journalistischen Unfallschutz" erheben sollte. Vielleicht gelingt es auch in absehbarer Zeit, die Berufsgefahren des Journalisten dadurch zu mindern, daß man endlich klare Begriffsdefinitionen für diejenigen Delikte schafft, die dem Journalisten heute bei seiner Tätigkeit als "strafwürdig" vorgehalten werden können.

+ + +

Tag der Menschenrechte

Ein Gedenktag - und was er uns aufgibt

ler - Am 10. Dezember 1948 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" genehmigt und verkündet. Diese Erklärung gehört zu den wegweisenden Dokumenten in der Menschheitsgeschichte, ist sie doch der Versuch, Grundrechte der Menschen universal festzulegen und alle Regierungen auf deren Einhaltung zu verpflichten. Die Verfasser der Erklärung hatten die Verkenntung und Mißachtung der Menschenrechte im Auge, die so oft in der Geschichte zu Akten der Barbarei geführt haben und das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben. Sie mahnt alle Völker und Regierungen, sich zu bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereich ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung zu gewährleisten.

Die Erklärung postuliert unter anderem das Recht des Menschen auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates, das Recht, jedes Land, einschließlich des eigenen zu verlassen, sowie in sein Land zurückzukehren, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen und das Recht der Familie als grundlegender Einheit der Gesellschaft auf Schutz durch Gesellschaft und Staat. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gibt allen Unterdrückten und jenen, die sich ihrer annehmen, die wirksamste Waffe in die Hand, alle anzuklagen, die gegen diese Menschenrechte verstossen.

Die permanente Verletzung der Menschenrechte gehört zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auf deutschem Boden wurden und werden Menschen erschossen, weil sie von dem unfreien Teil in den freien Teil des Landes zu fliehen versuchen. Familien bleiben durch Willkür getrennt. Söhne und Töchter, die in Westberlin wohnen, können nicht seit der Errichtung der Mauer zu ihren Eltern und Eltern nicht zu ihren Kindern kommen. Die Existenz der Ulbricht-Herrschaft ist eine tägliche Herausforderung jener Rechte, die die Vereinten Nationen als Grundlage des menschlichen Verhaltens und des Verhaltens der Regierungen zu ihren Regierten fixiert haben. Die

Deutschen, die im sowjetisch-besetzten Gebiet Deutschlands einschließlich Ostberlins wohnen, werden daran gehindert, von diesen universalen durch die Vereinten Nationen vor 17 Jahren verkündeten Rechten Gebrauch zu machen, sie dürfen nicht ohne Gefahr für ihr Leben in den Teil ihres Vaterlandes hinüberwechseln, in dem diese Rechte gewährleistet und respektiert werden.

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen auf diese tägliche Verletzung der Menschenrechte hingewiesen und sie mit erschütternden Beweisen belegt. Doch besser wäre es gewesen, hätte die Bundesregierung, wie es ihr selbst unsere Freunde im Ausland anrieten, diesen Schritt getan und ihm dadurch noch mehr Gewicht gegeben. Die Denkschrift des Kuratoriums Unteilbares Deutschland ist inzwischen allen Mitgliedern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der mehr als 50 Millionen Mitglieder zählt, zugegangen, wie sich überhaupt die freien Gewerkschaften und deren Vertreter bei der Menschenrechtskommission der UNO recht aufgeschlossen und hilfsbereit zeigten.

Die Bundesregierung könnte und müsste sich jetzt einschalten, sie müsste durch unsere Freunde bei unseren westlichen Verbündeten die Bildung einer Sonderkommission der Generalversammlung veranlassen mit der Aufgabe: Feststellung der Unrechtstatbestände in Mitteldeutschland und Ostberlin. Ein Bemühen in dieser Richtung wäre gewiss nicht vergeblich. Wir sind es auch den 17 Millionen in Mitteldeutschland schuldig. Das Kuratorium gab dazu den ersten Anstoß, nun liegt es am offiziellen Bonn, wirksam nachzustossen und Ulbricht an einem für seinen Beschützer empfindlichen Punkt zu treffen. Das Recht, proklamiert in den Grundsätzen der Vereinten Nationen, steht als Waffe auf ihrer Seite.

Die siebzehnjährige Wiederkehr des Tages, an dem die Verkündung der Menschenrechte erfolgte und allen Verfolgten dieser Erde Hoffnung gegeben wurde, wäre wohl genügend Anlass, Versäumtes nachzuholen.

"Hinterbänkler"

Ein Wort zur Diskussion über die Wahlrechtsreform
Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Vor einigen Jahren hat sich ein Teil der Presse darin gefallen, den aus dem englischen Sprachgebrauch stammenden Begriff der "Hinterbänkler" des Parlaments zur Grundlage vieler mehr oder weniger kluger Betrachtungen zu machen. Man hat dabei nur eine Kleinigkeit übersehen, die Tatsache nämlich, dass es im Deutschen Bundestag keine eigentlichen Hinterbänkler gibt, wenn man nicht eine Klassifizierung bejahen will, die sich auf die Unterscheidung zwischen Fraktionsvorstandsmitgliedern der einzelnen Fraktionen und den übrigen Abgeordneten stützen müsste.

In diesen Tagen nun wird der Begriff "Hinterbänkler" zu neuem Leben erweckt. Man ist der Auffassung, dass die Erörterungen über ein Mehrheitswahlrecht, von dem man eine Stabilisierung der Verhältnisse erwartet, manche Mandatsträger im Parlament veranlassen würde, sich aus Gründen der Erhaltung des eigenen parlamentarischen Lebens gegen ein Mehrheitswahlrecht auszusprechen und man bezeichnet diese Abgeordneten als "Hinterbänkler", weil sie nicht im Vordergrund sitzen.

Ganz abgesehen davon, daß eine Wahlrechtsänderung eine Angelegenheit ist, über die man nicht aus dem Handgelenk entscheiden kann und darf, beweist die Formulierung "Hinterbänkler" nur eine bedauerliche Unkenntnis der parlamentarischen Arbeit. Die Sitzordnung im Deutschen Bundestag besteht praktisch darin, dass - wie es nur selbstverständlich ist - die Vorstände der Fraktionen vorn sitzen, weil sie zu jeder Minute während der Parlamentsberatungen die Möglichkeit haben müssen, miteinander Fühlung nehmen zu können, um zu einer plötzlich auftauchenden Situation Stellung zu nehmen und sich darüber rasch zu verständigen. Von wenigen, aus bestimmten Anlässen gewonnenen Ausnahmen abgesehen, regelt sich die Sitzordnung dann so, daß sie von Alphabet bestimmt wird.

Wessen Name mit A beginnt, der hat seinen Sitz alsbald nach dem Fraktionsvorstand, und wer das Peck hat, daß seine Name mit Z beginnt, sitzt ganz am Ende. Das passierte im Deutschen Bundestag einmal einer

Persönlichkeit, die man wahrhaftig nicht als "Hinterbänkler" bezeichnen kann, nämlich dem allseits bekannten und immer wieder mit größtem Erfolg gewählten hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Z i n n.

Aber was hat es mit diesem falsch angewandten Begriff der Hinterbänkler überhaupt auf sich? Es gibt wie überall im Leben "Könige" und "Kämpfer". Es gibt "Stars" des Parlaments, die es wahrhaftig nicht leicht haben, zu jeder Sekunde den Standpunkt ihrer Partei und Fraktion mit einleuchtenden Argumenten vertreten oder verteidigen zu müssen und es gibt Arbeitsbienen, die nicht nach außen glänzen, von deren Existenz man außerhalb des Parlaments und vor allem seiner Ausschüsse und außerhalb ihres Wahlkreises kaum Kenntnis nimmt. Da aber die parlamentarische Arbeit entscheidend getragen wird von der Arbeit in den Ausschüssen, sind die Kämpfer oder Arbeitsbienen des Bundestages nicht weniger wichtig als die Stars.

Ein absolutes Mehrheitswahlrecht würde angesichts der Reaktion unseres Volkes vielen Arbeitsbienen die Möglichkeit nehmen, ihre ernst genommenen Pflichten als Abgeordnete weiter zu erfüllen. Da sie ihre Verdienste und ihre Leistung nicht auf dem Marktplatz ausbreiten können, um sie jedermann so zur Kenntnis zu bringen, daß ein nachhaltiger Eindruck auf die Dauer erzielt wird, würde bei einem reinen Mehrheitswahlrecht durchaus die Möglichkeit bestehen, daß Blender über ernste sachliche Arbeiter zu triumphieren vermöchten. Weder die Arbeit im Bundestag noch der innere Wert einer Fraktion würde mit einer solchen Entwicklung zu befriedigen sein.

Das Ergebnis dieser Überlegungen besteht in zwei Feststellungen:

- 1.) Es gibt im Deutschen Bundestag ohne Rücksicht auf den Platz, an dem sie sitzen, wertvolle Arbeiter im Dienste unseres Volkes, die die abwertende Bezeichnung "Hinterbänkler" nicht verdienen.
- 2.) Eine Änderung des geltenden Wahlrechts ist keine Sache, die man mit dem Argument, die Hinterbänkler seien dagegen, über das Knie brechen kann. Gerade für jede Wahlrechtsreform gilt die alte Erkenntnis: "Bei allem, was du tust, überlege und bedenke das Ende."

Die Bedeutung der Sozialdemokratie in Italien

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Niemand hatte je bezweifelt, dass Parteisekretär Saragat die Mehrheit der Delegiertenstimmen (60 Prozent) auf dem 13. Kongress der Italienischen Sozialdemokratischen Partei zufließen würde. Saragat ist übrigens der einzige Parteisekretär, der von der eigenen Partei noch nie in Minderheit versetzt worden ist. Die Frage, die sich heute nach dem Kongressergebnis (30 Prozent für den linken, 8 Prozent für den rechten Flügel) ganz allgemein stellt, ist die, ob durch dieses Resultat die Regierungsformel des linken Zentrums gestärkt worden ist oder nicht.

Saragat ist immer als entschlossener Befürworter dieser für Italien neuen Linie eingetreten. Ministerpräsident Fanfani hat die Bedeutung der italienischen Sozialdemokratie persönlich unterstreichen wollen und hat - was sonst nicht üblich ist - als Vertreter der Democrazia Cristiana auf dem Sozialdemokratischen Kongress das Wort ergriffen. Es ist kein Zufall, dass Fanfani Saragat als einen "Pionier" der Politik des linken Zentrum bezeichnete, einer Politik, "die nach wie vor den Beitrag der Ideen, die Unterstützung und die Garantie der Sozialdemokratischen Partei benötigt". Aber es ist auch nicht zu übersehen, dass durch den Sieg Saragats die Schwierigkeiten, mit denen sich die linkszentralistische Regierung am Ende dieses Jahres herumschlagen hat, nicht beseitigt worden sind. Die Linksozialisten halten an ihren Forderungen - globale Verwirklichung des im März von Fanfani bekanntgegebenen Regierungsprogramm - nach wie vor fest. Diesen Forderungen - deren Verwirklichung der Regierung die notwendige Stabilität sichern würde - können aber in der Democrazia Cristiana nur die "Panfaniani" zustimmen (die aber innerhalb der Partei in der Minderheit sind); ausserhalb der Democrazia Cristiana sind es nur die über sehr geringe Kräfte verfügenden Republikaner und der linke Flügel der Sozialdemokraten, welche diesen Forderungen zustimmen.

Mittlerer Kurs

Saragat hat in seiner Partei stets einen mittleren Kurs eingehalten. Er unterstützt heute in der Democrazia Cristiana den Parteisekretär Moro, der gleich ihm, stets einen mittleren Kurs steuern will. Auch Saragat ist nicht gewillt, sich jetzt schon den Linksozialisten in die Arme zu werfen, sondern unterstreicht immer wieder, dass diese Partei noch zusätzliche Schritte unternehmen müsse, um sichere Beweise für die Breue zum Westen zu liefern.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit spielen in der Haltung Saragats auch wahltaktische Erwägungen mit. Es liegt Saragat daran, der Wählerschaft bewusst werden zu lassen, dass es nicht dasselbe ist, ob bei den nächsten allgemeinen Wahlen "sozialistisch" oder "sozialdemokratisch" gestimmt wird, und dass der Weg, der zu einer stabilen Regierung des linken Zentrums führt, notwendigerweise über die Stärkung der Sozialdemokratie geht. Auf diesen Erwägungen beruht auch die scharfe Polemik mit dem linken Flügel der eigenen Partei, der für den sofortigen Eintritt der Linkssozialisten in die Regierung und somit für die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien plädiert.

Konsequente Haltung

In der Haltung Saragats ist die Konsequenz dieses Politikers deutlich erkennbar, der von Anfang an - sogar um den Preis einer Spaltung - eine klare, unwiderrufliche und unmissverständliche Absage an die Kommunisten erteilt hat. Der Beginn der für Italien fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen politischem Katholizismus und Sozialismus ist dank der Haltung Saragats ermöglicht worden. Allerdings wehrt er sich gegen eine Erweiterung der Verständigung zwischen Sozialismus und politischem Katholizismus, die sich auf Kosten der Sozialdemokratie ergeben könnte. Die Sozialdemokratische Partei hat es ganz besonders dieser entschlossenen Haltung Saragats zu verdanken, dass es ihr gelungen ist, trotz ihrer bescheidenen Stärke eine entscheidende Rolle in der Regierung zu spielen.

Niemand von den heute an der Regierung beteiligten Parteien scheint die heutige Regierungsformel - so umstritten sie auch sein kann - in eine Krise versetzen zu wollen; aber die Stellungnahme Saragats lässt darauf schliessen, daß jede der Koalitionsparteien bei den nächsten für die Regierung entscheidenden Wahlen klar von einander getrennt auftreten will, und der Wählerschaft die Lösung zu den vielen Fragezeichen überlassen will, welche nach wie vor das linke Zentrum umgeben.

Die Kommunisten hatten in letzter Zeit wider Erwarten ihre Angriffe gegen die Regierung sehr abgeschwächt. In seiner Eröffnungsrede auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens jedoch hat der Parteisekretär Togliatti die alte Polemik gegen die Sozialdemokratie wieder aufgegriffen. Auch hat er es nicht unterlassen, die Haltung Kennis scharf zu kritisieren. Diese Angriffe beweisen, daß die Haltung Saragats und auch diejenige Kennis die Verwirklichung des kommunistischen Manövers verhindern, das darauf hinausgehen möchte, sich der zweideutigen Haltung der Linkssozialisten (der linke Flügel ist immer noch beachtlich) zu bedienen, um als entscheidender Faktor in der Politik des linken Zentrums zu wirken.

Wie's damals war ...

Beamate in Deutschland vor 50 Jahren

Angesichts der Auseinandersetzung über die Beamtgehälter, bei der die SPD voll und ganz die Forderungen der Beamten unterstützte, dürfte folgende Schilderung von allgemeinem Interesse sein.

Da es jetzt im Jahre 1962 gerade 50 Jahre her ist, daß die Beamtenlaufbahn meines Mannes ein schnelles Ende fand, erinnere ich mich an ein Erlebnis aus dieser Zeit.

Mein Mann war Schaffner der Städtischen Strassenbahn in Dresden. Bei seiner Einstellung als Beamter mußte er einen Revers unterschreiben, daß er weder der Sozialdemokratischen Partei, noch der Gewerkschaft, noch dem Konsumverein angehören dürfe.

Im Januar 1912 war Stichwahl zum Reichstag. Der Kandidat der Rechten war der Landgerichtsrat Dr. Heinze und der Kandidat der Sozialdemokraten war Dr. Georg Gradnauer. Einige Tage vor dem Wahltag gab es eine große Beamtenversammlung, bei der nur Beamte der Stadt Dresden zugelassen waren. Auch mein Mann war in dieser Versammlung, und als er hörte, wie Dr. Heinze den Beamten weismachen wollte, daß er immer für die Interessen der kleinen Beamten eingetreten wäre, da bat mein Mann ums Wort. Er fragte: "Wenn Sie, Herr Landgerichtsrat, so ein Herz für die Beamten haben, warum haben Sie dann im Reichstag gegen die Forderungen der kleinen Beamten gestimmt?" Im Saal entstand ein Tumult. Die Beamten wagten zwar nicht, zu klatschen, aber sie trampelten mit den Füßen, und mein Mann rief: "Darum wählen die Beamten am 12. Januar den wahren Volksvertreter, der auch die Interessen der kleinen Beamten vertritt, Dr. Gradnauer." Die Versammlung hatte ein ungeheures Echo und der Wahlkreis Dresden-Altstadt, der noch niemals einen Sozialdemokraten gewählt hatte, wurde gewonnen. Als mein Mann aber am nächsten Morgen seinen Dienst antreten wollte, wurde er

zum Oberbürgermeister gerufen und sofort entlassen.

Drei Monate bekam er noch sein halbes Gehalt und versuchte nun, neue Arbeit zu finden. Das war damals sehr schwer. Wir hatten drei Kinder und überall, wo er anfragte, wurde er abgewiesen. Endlich bekam er dann im Konsumverein Dresden-Stolpen eine Stelle als Lagerhalter. Mein Mann baute dort sofort eine SPD-Gruppe auf und trotz vieler Schikanen seitens unserer Gegner haben wir uns dort immer wohl gefühlt. Auch ich trat der Sozialdemokratischen Partei bei.

Eines allerdings möchte ich gerne noch erwähnen: Als mein Mann zum Lagerhalter im Konsumverein bestellt wurde, mußte er 1000 Mark Kautions hinterlegen. Da war nun guter Rat teuer. Aber die Frau eines Strassenbahnkollegen, die gerade etwas geerbt hatte, half uns, und nach einem erfolgreichen Jahr bekam die Frau ihr Geld zurück.

Ich könnte noch allerhand von damals erzählen, aber wer will das wohl heute noch wissen?

Liesbeth Heide, Oettershagen

entn. aus "Gleichheit"